

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 56 (1976-1977)  
**Heft:** 6

**Rubrik:** Blickpunkt

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# *Blickpunkt*

---

## AN DER DEUTSCH-DEUTSCHEN GRENZE

Im Schatten der bevorstehenden westdeutschen *Bundestagswahlen* hat sich das Verhältnis zwischen Bonn und Ostberlin zugespitzt. Man zögert zwar, wenn man in diesem Bereich eine irgendwie geartete Skala politischer Spannungen anzusetzen sucht, weil das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten, trotz aller vertraglichen Abmachungen der letzten Jahre, ohnehin niemals als «normal» anzusprechen war. Solange eine Grenze mit Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen DDR und Bundesrepublik trennt, solange auch auf ostdeutscher Seite jener allen humanitären Beteuerungen Hohn sprechende *Schiessbefehl* gegen sogenannte Republikflüchtige besteht und den Todesschützen Anerkennung und hohe Auszeichnungen zuteil werden, ist man von einer Normalität der Nachbarschaft wohl noch meilenweit entfernt.

Die sich häufenden *Grenzzwischenfälle* der letzten Wochen, die in der Erschiessung eines italienischen Lastwagenchauffeurs ihren dramatischen Höhepunkt fanden, haben die potentiellen Gefahren dieser Grenze erneut drastisch aufgezeigt. An ihr ist jene euphorische Welle der «Entspannung», die vor einem Jahr in Helsinki Staatsmänner und Diplomaten mit viel Aufwand zelebriert hatten, fast spurlos vorübergegangen. An der innerdeutschen Grenze riskiert auch heute noch auch ein harmloser Grenzgänger das Leben, wenn er nur eine unbedachte Bewegung macht, und es ist eine blutig-makabre Ironie, dass in dem der Kommunistischen Partei angehörenden ita-

lienischen Fahrer offensichtlich gerade ein Gesinnungsgenosse jener getroffen wurde, die auf ihn schossen.

Die übernervöse Reaktion der DDR, welche auf diese gleicherweise schreckliche wie peinliche Mordtat nach dem durchsichtigen Rezept des «Haltet-den-Dieb» reagierte und die Bundesrepublik mit Anklagen und Drohungen überschüttete, ist ein Zeichen dafür, dass Ostberlin erkannt hat, in welch schwierige Situation es sich manövrierte und dass man nun durch *Ablenkungsmanöver* einen Ausweg sucht. Die grollende Ankündigung des offiziellen SED-Organs, unter Umständen könnte der *Besuchs- und Reiseverkehr* zwischen der Bundesrepublik und der DDR eingeschränkt werden, falls Westdeutschland weiterhin seine Bürger «künstlich aufputsche», dürfte wohl kaum zum Nennwert zu nehmen sein, wird doch dadurch an das komplizierte und subtile Gebäude der gesamten west-östlichen Abmachungen über die beiden deutschen Staaten gerührt und damit indirekt auch das Interesse der vier Grossmächte tangiert. Zwar weiss niemand, wie der Kreml die neuen Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten auszumünzen gedenkt, aber die meisten Indizien weisen doch dahin, dass Moskau an einem Hochspielen der latenten Gegensätze und an der Entfesselung einer politischen Krise in Mitteleuropa im Augenblick nicht interessiert ist. Darüber kann auch die agitatorische Schützenhilfe nicht hinwegtäuschen, die die Sowjetunion ihrem ostdeutschen

Schützling gewährt. Zwar hat Moskau vor kurzem im Zusammenhang mit der Wahl des EG-Parlamentes in der Berlin-Frage wieder einmal schärfere Töne anklingen lassen, aber nichts deutet darauf hin, dass es sich dabei um mehr handelt als um das übliche Abtasten der westlichen Positionen.

Die Bonner Regierung hat auf die Übergriffe der DDR in gelassener Zurückhaltung geantwortet und damit manifestiert, dass sie nicht gewillt ist, zu einer Eskalation der Spannungen beizutragen. Auch die Erklärung des westdeutschen Aussenministers, die Zustände an der DDR-Grenze vor das Forum der *Vereinten Nationen* zu bringen, dürfte *cum grano salis* zu nehmen sein. Die dabei lancierte Idee, einen internationalen Gerichtshof für Men-

schenrechte zu schaffen, verspricht einen langen und schwierigen Weg, der schliesslich notgedrungen wohl im Geistrüpp formaler Problematik verschwindet; über die praktische Wirksamkeit solcher Vorschläge wird sich wohl niemand Illusionen hingeben. Die deutschen Querelen werden so zwar zum Gegenstand der Auseinandersetzungen auf einer weltweiten Tribüne und weiteres Thema auf der langen Traktandenliste der UN; am tatsächlichen Zustand aber wird sich so lange nichts ändern, als nicht die Machthaber in Ostberlin ihre Politik der «Abgrenzung» ändern und damit ihren Beitrag an die so laut verkündete «Entspannung» leisten.

Alfred Cattani

## NOCH MEHR STAAT?

Am 26. September haben Volk und Stände über eine Verstaatlichungs-Initiative abzustimmen, die selbst von einem Teil der politischen Linken als unzweckmässig und damit als überflüssig empfunden wird: Das vor den Wahlen von 1971 lancierte und im Jahre 1972 vom «Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste» (VPOD) eingereichte Volksbegehren zur Einführung einer Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge und Fahrräder wurde von den Initianten trotz massiver Ablehnung durch beide Kammern der eidgenössischen Räte im vergangenen Jahr aufrechterhalten, so dass es zu einem Urnengang kommt, über dessen Ausgang offenbar auch im Kreise des VPOD kaum Zweifel bestehen. Gerade dieser Bereich des Versicherungswesens ist nämlich ein beson-

ders illustratives Beispiel dafür, dass privatwirtschaftliche Lösungen in solchen Gebieten weit rationeller und damit auch für den Konsumenten günstiger sind als verstaatlichte Superbürokratien:

Die Prämien werden entsprechend dem effektiven Schadenverlauf festgelegt und regelmässig nachkalkuliert; eine ständige Konsultativkommission mit Konsumentenvertretern und neutralen Experten hat zusätzliche Überprüfungsfunktionen; darüber hinaus besteht eine unabhängige Instanz für Tarifbeschwerden – und dies alles im Rahmen einer freien Wettbewerbsordnung mit den entsprechenden optimalen Wahlmöglichkeiten des einzelnen Versicherungsnehmers. Eine staatliche Mammut-Versicherungsanstalt könnte hier weder besseren Schutz noch bil-

ligere Prämien anbieten, würde aber zwangsläufig einen neuen bürokratischen Apparat mit schwer abschätzbaren Folgekosten für die öffentliche Hand – und damit letzten Endes wohl für den Steuerzahler – auslösen. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass das Fahrzeugversicherungswesen in sämtlichen westlichen Ländern privatwirtschaftlich organisiert ist – mit Ausnahme vereinzelter amerikanischer Bundesstaaten und einzelner kanadischer Provinzen, wo staatliche Anstalten schliesslich entweder massiv subventioniert werden mussten oder aber auf Prämienhöhen kamen, die weit über jenen der Privatversicherer lagen.

Warum also trotzdem diese Abstimmung über einen veralteten Wahlschlager des VPOD? Der Grund kann doch wohl nur in einer langfristigen Strategie der Systemveränderung liegen, etwa nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Erst kürzlich, am VPOD-Jahreskongress vom 26. Juni, hat Nationalrat Renschler als Chef dieser Gewerkschaft wieder betont, dass sich sein Verband nicht mit «systembezogenen Einzelmassnahmen»

begnügen, sondern als Kampforganisation für die «grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft» zu verstehen sei. Es braucht deshalb nicht viel Phantasie, um sich vorstellen zu können, dass im Gefolge eines allfälligen Abstimmungserfolgs dieser Kreise rasch weitere Verstaatlichungsversuche lanciert würden.

Im Schussfeld sind neben den Versicherungen vor allem die Banken. Sie werden immer wieder systematisch zu den grossen Drahtziehern und «dunklen Mächten» des «kapitalistischen Systems» hochstilisiert. Dabei zeigen ausländische Beispiele, dass vom Staat verwaltete Banken sehr oft sehr schlecht umgehen mit dem Geld, einerseits weil das unternehmerische Engagement und Risiko fehlt, anderseits aber auch – und dies vor allem – weil die Kaderauswahl verpolitisiert und damit die Substanz an Sachkunde vernachlässigt wird. Darüber hinaus liegt es auf der Hand, dass eine Wirtschaft mit staatlich gesteuertem Kapitalmarkt keine *freie* Wirtschaft mehr sein kann.

Richard Reich

## HARTER FRANKEN – HARTE ZEITEN

Wer vor dem Übergang der Schweiz zu flexiblen Wechselkursen die Meinung geäussert hätte, die Exportindustrie sei durchaus in der Lage, eine Aufwertung des Frankens, wie sie seither eingetreten ist, zu «verkraften», wäre vermutlich wegen Unzurechnungsfähigkeit in eine psychiatrische Behandlung überwiesen worden. Tatsache ist, dass die schweizerische Exportindustrie – alles in allem genommen – den Aufwertungsdruck wesentlich besser zu absorbieren

verstand, als dies seinerzeit erwartet werden konnte. Tatsache scheint weiter zu sein, dass massgebende Exportkreise unter dem Zwang der Fakten anzuerkennen bereit sind, dass die monetären Behörden unseres Landes keine Mittel zur Verfügung haben, um gegen den *Trend* der Wechselkursentwicklung anzurennen. Was die Nationalbank tun kann, ist bestenfalls eine Glättung kürzerfristiger Schwankungen, wobei sie ständig zwischen der Szylla der Wech-

selkursbeeinflussung und der Charybdis der Inflationsbekämpfung hindurchsteuern muss.

Was heute in der Wirtschaft passiert, ist nicht zuletzt die Begleichung einer Rechnung, die durch eine *verfehlte Währungspolitik* in der Vergangenheit entstand. Es geht nicht darum, «Sündenböcke» zu eruieren, sondern vielmehr um die schlichte Feststellung, dass die Politik fixer Wechselkurse einen inflationär angeheizten Boom provozierte und darüber hinaus den Aufbau von Produktionsstrukturen begünstigte, die nun unter den heutigen Bedingungen alle Mühe haben, sich zu behaupten. Die fixen Wechselkurse haben als arretierte Preise eine *falsche Verteilung* der Investitionen bewirkt. Deshalb hat die durch flexible Wechselkurse und Rezession verursachte Änderung der Rahmenbedingungen einen strukturellen *Anpassungsprozess* in Gang gesetzt, der nicht ohne Härten ablaufen kann. Im Blick auf diese Fakten kann die Wirtschaftspolitik nicht von einer gewissen *Mitverantwortung* zumindest an der Rigorosität dieses Anpassungsprozesses freigesprochen werden. Und es hat sich wieder einmal mehr die alte Erfahrung bestätigt, dass die Vergewaltigung von ordnungspolitischen Grundeinsichten ihre höchst unsentimentalen Konsequenzen hat. Harte Franken bedeuten harte Zeiten.

Die Exportwirtschaft kann mit zweifellos guten Gründen darauf hinweisen, dass die nun bestehenden Wechselkursrelationen nicht jenen entsprechen, die aufgrund der realwirtschaftlichen Verhältnisse eigentlich zustande kommen müssten. Die Überbewertung des Schweizer Frankens habe eine wesentliche Ursache im gewaltigen Volumen an grenzüberschreitenden Finanztrans-

aktionen, sei also eine Folge des *überdimensionierten Finanzplatzes* Schweiz. Kann sich die Schweiz, so würde die aus dieser Sicht abgeleitete provokative Frage lauten, den Finanzplatz in seiner heutigen Grössenordnung überhaupt noch leisten? Hinter dieser Frage verbirgt sich ein ernstes Problem. Wenn es nämlich tatsächlich so sein sollte, dass der durch die Finanztransaktionen beeinflusste Wechselkurs die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie in einem untragbaren Ausmass gefährden sollte, so würde – abgesehen von den beschäftigungspolitischen Auswirkungen – wiederum ein Fall vorliegen, bei dem verzerrte Preise (Wechselkurse) falsche Wirtschaftsstrukturen erzwingen – also sozusagen der Umkehrfall gegenüber den fixen Wechselkursen. Der Anpassungsprozess würde zu weit vorangetrieben.

Das *Dilemma* ist offensichtlich, und es ist – so wäre beizufügen – kaum kurzfristig zu lösen. Redimensionierung des Finanzplatzes Schweiz? Und wie könnte dieses Ziel erreicht werden? Einführung einer rigorosen Devisenbewirtschaftung und damit – einmal mehr – Abkehr vom Pfad der ordnungspolitischen Tugendhaftigkeit? Mit Sicherheit würden dann neue Rechnungen präsentiert. Der Teufel würde mit dem Beelzebub ausgetrieben. Aus diesem Grunde wird die Schweiz aller Voraussicht nach noch einige Zeit mit diesem Dilemma leben müssen. Eine Erleichterung wäre nur zu erwarten, wenn sich die konjunkturelle Entwicklung in Richtung auf einen moderierten Aufschwung verändern sollte. Die sich auf eine solche Wendung stützenden Hoffnungen scheinen nicht völlig unbegründet.

Willy Linder